

ARMIN OSMANOVIC

# UNZUFRIEDEN MIT DEN ERBEN MANDELAS

**ANFANG MAI WÄHLT SÜDAFRIKA EIN NEUES PARLAMENT – DEM SEIT 20 JAHREN REGIERENDEN ANC DROHEN STIMMENVERLUSTE**

Am 7. Mai 2014 wird in Südafrika gewählt. Der Afrikanische Nationalkongress (ANC) sieht sich von neuen Parteien herausgefordert, erstmals seit dem Ende der Apartheid vor 20 Jahren drohen ihm herbe Stimmenverluste. Viele Menschen sind unzufrieden mit den Erben Nelson Mandelas. Die Arbeitslosigkeit ist hoch und die soziale Ungleichheit hat sogar zugenommen. Aber auch steigende Preise, Mautgebühren für Schnellstraßen sowie Misswirtschaft und Korruption in Teilen der Regierungspartei rufen Zorn hervor. Der ANC wiederum hofft mit einem blauen Auge davonzukommen und setzt darauf, dass die Mehrheit die neuen sozialen Leistungen und die wichtigste historische Errungenschaft – den Gewinn der Freiheit – honorieren wird.

Zum ersten Mal in der 20-jährigen Geschichte des neuen demokratischen Südafrikas könnte der regierende ANC bei nationalen Wahlen unter die 60-Prozent-Marke fallen. In der Provinz Gauteng, wo mit etwa 15 Millionen Menschen knapp ein Drittel der Gesamtbevölkerung des Landes wohnt, droht der Partei, die wieder mit Jacob Zuma, dem amtierenden skandalumwitterten Präsidenten, als Spitzenkandidat ins Rennen geht, sogar ein Absturz auf unter 50 Prozent.<sup>1</sup> Schon bei den letzten Wahlen im Jahr 2009 hatte der ANC leicht an Zustimmung verloren. Damals hatten sich vor allem enttäuschte AnhängerInnen des von Zuma aus dem Präsidentenamt gedrängten Thabo Mbeki von der Regierungspartei abgewandt und die neu gegründete Partei COPE (Congress for the People) gewählt. COPE hat wegen interner Streitigkeiten seitdem an Zustimmung eingebüßt. Doch in den vergangenen Monaten wurden neue Parteien links und rechts vom ANC gegründet, die alle hoffen, von der Unzufriedenheit mit dem ANC und vor allem mit Präsident Jacob Zuma profitieren zu können. Die WählerInnen der Mitte, vor allem die neue schwarze Mittelschicht, werfen Zuma unter anderem die Verschwendung von Staatsgeldern beim Umbau seines Privathauses in der Provinz KwaZulu-Natal vor. Es geht um rund 200 Millionen Rand, umgerechnet etwa 18 Millionen Euro. Mitte März hatte Thuli Madonsela, Public Protector,<sup>2</sup> den lange erwarteten Bericht zu «Nkandla-Gate» vorgelegt.<sup>3</sup> Madonsela erhebt schwere Vorwürfe gegen den Präsidenten. Die Opposition strebt ein Amtsenthebungsverfahren gegen Zuma an. Kritik rufen auch Zumas enge Beziehungen zu der wirtschaftlich einflussreichen Gupta-Familie sowie Poligamie und Frauenaffären hervor. Zuma ist somit zu einer Belastung

für den ANC geworden. Dies ist vielen in der Regierungspartei nicht erst seit dem Debakel während der offiziellen Gedenkfeier für Nelson Mandela im Dezember vergangenen Jahres klargeworden, als Zuma vor laufenden Kameras und zahlreichen internationalen Gästen ausgebuht wurde.

Vor allem aber lastet die wirtschaftliche Malaise auf Gauteng, der bevölkerungsreichsten Provinz Südafrikas. Jedes Jahr wandern Tausende von Menschen aus anderen Teilen Südafrikas und des Kontinents zu, um in Johannesburg ihr Glück zu machen. Die globale Finanz- und Wirtschaftskrise hat in Südafrika zum Abbau von einer Million Arbeitsplätzen geführt. Seit 2008/09 erholt sich das Land nur schleppend. Ohne Arbeit und häufig ohne Dach über dem Kopf und mangelhaft mit Wasser<sup>4</sup> und Strom versorgt, greifen immer mehr Menschen zum Mittel des Protestes. Vor allem in der Provinz Gauteng kommt es seit Jahren immer wieder zu teils gewalttätigen Demonstrationen gegen Versorgungsmängel, Misswirtschaft, Korruption und die Ignoranz der lokalen ANC-PolitikerInnen. Protest ruft in Gauteng auch die von der regionalen ANC-Regierung im Dezember vergangenen Jahres eingeführte Maut auf den Schnellstraßen der Provinz hervor. Sie stößt auch bei den Gewerkschaften auf Ablehnung. Viele der ehemaligen ANC-WählerInnen werden aus Enttäuschung der Wahl im Mai daher wahrscheinlich fernbleiben. Schwierig zu prognostizieren bleibt der Erfolg der erst vor Kurzem gegründeten Parteien: der Economic Freedom Fighters und der AGANG South Africa (AGANG SA). Die im Sommer 2013 vom ehemaligen ANC-Jugendliga-Präsidenten Julius Malema ins Leben gerufenen Economic Freedom Fighters (EFF) rechnen mit bis zu acht

Prozent der Stimmen. Malema setzt vor allem auf die Armen, Arbeitslosen und Niedriglöhner. Mit seinem Programm, das die Nationalisierung von Bergbauunternehmen und anderen Teilen der Wirtschaft, höhere Sozialleistungen und einen Mindestlohn von 4.500 Rand pro Monat vorsieht, will er die unzufriedenen ANC-WählerInnen in den Townships der großen Städte erreichen. Aber auch die über 300.000 Mitglieder der größten Einzelgewerkschaft NUMSA (National Union of Metallworkers South Africa) wollen die EFF für sich gewinnen, denn die Metallarbeitergewerkschaft hat sich mit dem ANC und dem mit dem ANC verbundenen Gewerkschaftsdachverband COSATU überworfen. Für NUMSA hat sich der ANC an das große Kapital verkauft. Ihr Generalsekretär Irvin Jim fordert wie Malema eine Nationalisierung von Teilen der Wirtschaft, um die Armut und soziale Ungleichheit<sup>5</sup> im Land zu überwinden, will die EFF jedoch nicht unterstützen. Für ihn ist Malema kein Politiker der Linken, sondern ein politischer Abenteurer in eigener Sache. Die NUMSA-Führung fordert dagegen eine neue linke Partei, lässt sich aber mit ihrer Gründung Zeit bis nach den Wahlen im Mai.

**Abb. 1: Ergebnisse der südafrikanischen Parlamentswahlen von 1994 bis 2009 (in Prozent)**

	ANC	DA	COPE	IFP	NP/NNP	Sonstige*
2009	65,9	16,7	7,4	4,6	–	3,4
2004	69,7	12,5	–	7,0	1,6	4,8
1999	66,4	9,6	–	8,6	6,9	5,6
1994	62,6	1,7	–	10,5	20,4	2,6

Quelle: <http://electionresources.org/za/>

ANC = African National Congress, DA = Democratic Alliance, COPE = Congress for the People, IFP = Inkatha Freedom Party, NP/NNP = National Party/New National Party, \* Independent Democrats (ID), United Democratic Movement (UDM), Freedom Front (FF) und African Christian Democratic Party (ACDP)

Die ebenfalls erst im vergangenen Jahr gegründete Partei AGANG SA unter der Führung von Mamphela Ramphela, Witwe des Anti-Apartheid-Kämpfers Steven Biko, wirbt vor allem um die WählerInnen der neuen (schwarzen) Mittelschicht. Ramphela prangert besonders Korruption und Misswirtschaft an und geriert sich als ehemalige Aufsichtsratsvorsitzende von Goldfields, eine der größten südafrikanischen Minengesellschaften, als kompetente Wirtschaftslenkerin. Aber auch in den Townships der Großstädte, wo die Menschen auf die versprochenen Jobs, neue Häuser, Wasseranschluss und Sanitäreinrichtungen warten, kann AGANG SA mit Rampheles Kritik an der Misswirtschaft des ANC punkten. Der Einzug der neuen Partei in das Parlament in Kapstadt erscheint sicher. AGANG SA hat allerdings mit finanziellen Schwierigkeiten zu kämpfen, die den Wahlkampf behindern. Anfang des Jahres preschte denn auch Ramphela mit der Nachricht vor, ihre Partei werde mit der etablierten Oppositionspartei Democratic Alliance (DA) zusammengehen. Deren Spitzenkandidatin Hellen Zille regiert seit 2009 die Provinz Western Cape. Aber nur einen Tag nachdem man das Bündnis zwischen AGANG SA und der DA bereits im Fernsehen gefeiert hatte, musste es auch schon wieder abgeblasen werden, da viele Mitglieder von AGANG SA die Fusion ablehnen. Trotzdem rechnet sich die DA bei den Wahlen im Mai Chancen auf große Zugewinne aus (man plant landesweit mit 25 bis 30 Prozent der Stimmen) und will nun auch

die Provinz Gauteng gewinnen. Ob die Partei im Western Cape weiterhin die Regierung stellen wird, bleibt dagegen ungewiss. Auch hier gibt es unter der Bevölkerung, die große Hoffnungen in die DA gesetzt hatten, eine weitverbreitete Unzufriedenheit. Am meisten leidet jedoch der ANC unter dem wachsenden Missmut eines großen Teils der südafrikanischen Bevölkerung, die mit ihrer Lebenssituation unzufrieden ist. Die Wahlprognosen für den ANC sehen alles andere als gut aus. Seine traditionellen Bündnispartner – Südafrikas größter Gewerkschaftsverband COSATU und die SACP (South African Communist Party) – stehen weiterhin an der Seite des ANC und wollen mit ihm die Regierung fortsetzen. Sie verweisen auf die politischen Erfolge der vergangenen fünf Jahre. Nach Meinung von GewerkschafterInnen und KommunistInnen<sup>6</sup> ist eine linke Handschrift in der Regierungsarbeit weiterhin erkennbar. Auch im Wahlprogramm des ANC finden sich wichtige Forderungen der Linken wie die Einführung eines nationalen Mindestlohns, der Ausbau der öffentlichen Beschäftigung und die Einführung einer gesetzlichen Krankenversicherung.<sup>7</sup>

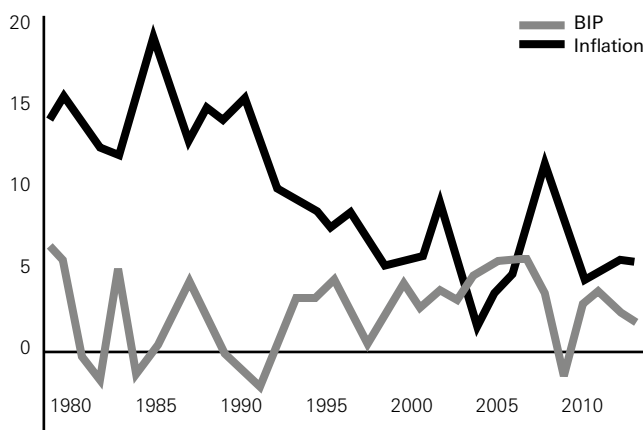
COSATU ist aber seit der Suspendierung seines Generalsekretärs Zwelenzima Vavi aufgrund einer Sexaffäre im letzten Jahr tief gespalten. Mit seinen über zwei Millionen Mitgliedern ist der Verband entscheidend bei der Mobilisierung der ANC-WählerInnen. Doch dieses Mal ist diese Mobilisierung schwierig, denn neben vielen Mitgliedern der Metallgewerkschaft NUMSA sind auch andere GewerkschafterInnen mit dem ANC und Jacob Zuma unzufrieden. Mobilisierungsprobleme hat COSATU aber auch deshalb, weil NUM, die Bergarbeitergewerkschaft und ehemals größte Einzelgewerkschaft, viele Mitglieder an die neue Gewerkschaft AMCU (Association of Mineworkers and Construction Union) verloren hat. AMCU hatte 2012 die Bergarbeiterstreiks in Marikana angeführt. Damals starben bei Protesten von Bergarbeitern in der Platimine des Unternehmens Lonmin über 40 Menschen. 34 von ihnen wurden von Polizeikräften getötet. Bis heute liegt kein abschließender Bericht der eingesetzten Untersuchungskommission (Marikana Commission of Inquiry) vor. In der Kommission verhandelt wird auch die Rolle des ANC-Vizepräsidenten Cyril Ramaphosa, der von den Bergarbeitern für das Massaker mitverantwortlich gemacht wird. Dieser hätte bei der Regierung um harte Maßnahmen gegen die Streikenden Bergarbeiter nachgesucht. Angesichts dieser schwierigen Lage – eine gewachsene Konkurrenz durch neue Parteien und Problemen in der Allianz von ANC, SACP und COSATU – setzt der ANC in erster Linie auf eine Wahlkampfstrategie, welche die Erfolge der eigenen Regierung in den letzten 20 Jahren feiert<sup>8</sup> und die politischen Gegner als «linke Abenteurer» und «Ewiggestrige» abzustempeln versucht.<sup>9</sup> Doch wie sieht die Bilanz der letzten 20 Jahre für die ANC-Regierungen in Sachen wirtschaftliche und soziale Entwicklung tatsächlich aus?

#### «A GOOD STORY TO TELL?»

Seit der Regierungsübernahme 1994 durch den ANC hat sich die wirtschaftliche Lage Südafrikas ohne Zweifel verbessert. Die südafrikanische Volkswirtschaft hat die Krisenjahre der Apartheid hinter sich gelassen und ist mit Ausnahme des Jahres 2009 infolge der globalen Finanz- und Wirtschaftskrise beständig gewachsen (vgl. Abb. 2).<sup>10</sup> Gelungen ist den ANC-Regierungen unter den Präsidenten Nelson Mandela (1994–1999), Thabo Mbeki (1999–2008), Kgalema Motlanthe (2008–2009) und Jacob Zuma (seit 2009) auch die Bekämpfung der hohen Inflation, die Mitte der 1980er Jahre zwischen

15 und 20 Prozent lag, und die Eindämmung der am Ende der Apartheid eskalierenden Staatsverschuldung. Fast ohne Erfolg blieben die ANC-Regierungen, was den Abbau der hohen Arbeitslosigkeit betrifft. Zwar konnten sechs Millionen neue Arbeitsplätze seit 1994 geschaffen werden, doch die hohe Erwerbslosigkeit hielt wegen des im Vergleich mit anderen afrikanischen und asiatischen Entwicklungs- und Schwellenländern nur mäßigen Wirtschaftswachstums sowie der großen Zahl neu auf den Arbeitsmarkt drängenden Menschen an. Besondere Probleme bereitet seit einigen Jahren der Kernbereich der südafrikanischen Wirtschaft: der Bergbau. Im Gegensatz zum Bergbauboom in vielen anderen Ländern Afrikas stecken viele südafrikanische Minen in der Krise. Seit 1994 wurden dort, wo über neun Prozent der gesamtwirtschaftlichen Leistung entstehen und über 35 Prozent der Exporteinnahmen generiert werden, etwa 100.000 Arbeitsplätze abgebaut. Heute beschäftigt dieser Bereich noch 511.000 Menschen.

**Abb. 2: Makroökonomische Stabilisierung**  
**Jährliche Veränderungsrate in Prozent**



Quelle: South African Institute of Race Relations (2014): South African Survey 2013/2014, S. 94–95 und 122, Johannesburg.

Dass die Krise in Teilen des Bergbaus – wie von Unternehmenseite immer wieder betont wird – vor allem mit den zu hohen Produktions- bzw. Arbeitskosten in Südafrika zu tun hat, trifft nicht zu. Grund für die Bergbaukrise ist die wegen der weltweiten Autokrise seit 2008 zurückgegangene Nachfrage nach Platin,<sup>11</sup> dem wichtigsten Edelmetall Südafrikas. Der lange Zeit überhöhte Wechselkurs der südafrikanischen Währung Rand, der die Produktionskosten verteuerte, hat ebenso zum Rückgang in vielen Bereichen des Bergbaus beigetragen. Und schließlich sind als Grund die Diversifizierungsbemühungen der großen Bergbaukonzerne zu nennen, die seit Ende der Apartheid in anderen Teilen Afrikas investieren, um ihre große Abhängigkeit von Südafrika zu reduzieren.<sup>12</sup>

Neben dem Bergbau belastet auch die schleppende Entwicklung der verarbeitenden Industrie die gesamtwirtschaftliche Lage Südafrikas. In der Industrie gingen seit 1994 immerhin 300.000 Arbeitsplätze verloren. Grund hierfür ist vor allem die Öffnung des Binnenmarktes nach Ende der Apartheid. Südafrikas Textilindustrie ist in den letzten 20 Jahren wegen der starken asiatischen Konkurrenz fast gänzlich verschwunden. Die seit 1994 neu entstandenen sechs Millionen Jobs sind vor allem im Dienstleistungsbereich und in der öffentlichen Verwaltung angesiedelt, und hier vor allem auf der

Ebene der Provinzen (plus 350.000 neue Arbeitsplätze seit 1994). Den größten Zuwachs an Arbeitsplätzen hatte aber seit 1994 die Finanzbranche (Banken und Versicherungen) zu verzeichnen: von einst 193.000 auf 1,84 Millionen im Jahr 2013. Mit dem von der Regierung 2013 verabschiedeten National Development Plan 2030<sup>13</sup> ist vorgesehen, die Wirtschaft des Landes zu dynamisieren. Dafür zentral sind Investitionen in die Infrastruktur. Vor allem die unzureichende Versorgung mit Elektrizität behindert Neuinvestitionen in Industrie und Dienstleistungsbereich und damit mehr Wachstum und Beschäftigung.<sup>14</sup> Dringend erforderlich ist auch eine Verbesserung des südafrikanischen Bildungssystems. Auch hier konnten in den letzten Jahren große Fortschritte erzielt werden. So hat sich etwa der Anteil der schwarzen Studierenden an den Universitäten deutlich erhöht. Doch noch immer verlassen zu viele junge Menschen die Schulen, ohne ausreichend lesen und schreiben zu können.

Der öffentlich geförderte Beschäftigungssektor kann gerade für die große Zahl von schlecht ausgebildeten Menschen, die im privaten Sektor keine Anstellung finden, eine positive Rolle spielen. Der ANC will diesen Bereich weiter ausbauen und bis 2019 weitere sechs Millionen öffentlich geförderte Arbeitsplätze schaffen.<sup>15</sup> Neben den Millionen von Arbeitslosen und dem Heer der Unterbeschäftigten, die sich als Tagelöhner mit Löhnen von zehn Euro und weniger pro Tag verdienen müssen, sind auch viele ArbeitnehmerInnen in formalen Beschäftigungsverhältnissen unzufrieden. Grund sind auch hier die niedrigen Löhne. Die nominalen Lohnerhöhungen, welche die Gewerkschaften in den letzten Jahren durchsetzen konnten, bewegten sich zwischen acht und zehn Prozent pro Jahr und liegen damit über der Inflation von fünf bis sechs Prozent, doch außerhalb der Großbetriebe und der öffentlichen Verwaltung arbeiten viele außerhalb von Tarifverträgen. Der Durchschnittslohn liegt denn auch im privaten Sektor (ohne Landwirtschaft) mit etwa 7.000 Rand deutlich unter dem Durchschnittslohn von 10.000 Rand pro Monat im öffentlichen Sektor. Hinzu kommen weiterhin große Einkommensunterschiede zwischen den Bevölkerungsgruppen in Südafrika. 83 Prozent der «AfrikanerInnen» verdienen nur 50.000 Rand (ca. 3.500 Euro) und weniger pro Jahr. Der Anteil der «Weißen» an der Gruppe von SüdafrikanerInnen, die 750.000 Rand und mehr pro Jahr verdient, ist mit etwa 38 Prozent überproportional hoch.<sup>16</sup>

Den ANC-Regierungen gelang es in den letzten 20 Jahren, die Basisversorgung der Menschen zu verbessern. Seit 1994 wurden 3,3 Millionen neue Häuser gebaut und sieben Millionen Haushalte wurden an das Stromnetz angeschlossen. Darüber hinaus haben heute 92 Prozent der Menschen im Land Zugang zu Trinkwasser. Vielfach bedeutet dies aber nur ein Wasserhahn in Laufweite, denn nicht einmal 50 Prozent der Bevölkerung haben fließendes Wasser in ihren eigenen vier Wänden. Die Qualität der staatlichen Leistungen ist dann auch die Ursache für den Zorn der Menschen und ihren Protest, denn nicht wenige der neugebauten Häuser entsprechen nicht den Erwartungen, und nicht selten fällt in manchen Township über Tage oder Wochen die Wasser- oder Stromversorgung aus. Qualitätsprobleme existieren, wie bereits erwähnt, auch im Bildungsbereich. Südafrika gibt über sechs Prozent des Bruttoinlandsproduktes für die Bildung aus, doch die Leistungen vieler Schulen bleiben schlecht. Als Erfolg kann der ANC die Ausweitung der staatlichen Sozialleistungen verbuchen. Gab es vor wenigen Jahren nur drei Millionen EmpfängerInnen von staatlichen Beihilfen, so sind

es heute 16 Millionen Menschen und ihre Familien, die Leistungen wie Kindergeld und Rente beziehen. Für viele Familien sind diese Transferzahlungen die einzigen Einkommen. Die absolute Armut ist auch wegen der Sozialleistungen in den vergangenen Jahren zurückgegangen.

### KANN DER ANC NOCH «CHANGE»?

Einen neuen Wirtschaftsboom konnte der ANC seit dem Ende der Apartheid nicht entfachen. Die Arbeitslosigkeit blieb in der Folge hoch. In den letzten Jahren kam es wegen der Auswirkungen der globalen Finanz- und Wirtschaftskrise sogar zu einem erneuten Anstieg der Erwerbslosenzahlen. Was die wirtschaftliche Entwicklung anbelangt, hat der ANC seine eigenen Ziele verfehlt. Vor allem die schwache Beschäftigungslage steht dem Versprechen von 1994 entgegen, schnell für ein besseres Leben für alle («A better life for all») zu sorgen. Was die soziale Entwicklung anbelangt, so fällt die Bilanz für die ANC-Regierungen etwas besser aus. Die Versorgung mit Wohnungen, Sanitärreinrichtungen, Wasseranschlüssen und Strom konnte verbessert werden. Auch hat die bessere Versorgung der HIV-Infizierten und AIDS-Kranken seit dem Amtsantritt von Zuma 2009 die allgemeine Lebenserwartung wieder ansteigen lassen. Vor allem aber hat der Ausbau der Sozialleistungen die Lebenssituation vieler Menschen erleichtert. Dennoch ergibt der Blick zurück auf die eigenen Leistungen für den ANC ein gemischtes Bild. Der ANC wird am eigenen Versprechen, ein besseres Leben «für alle», gemessen. Dieses Versprechen basierte teils auf falschen Annahmen über die Lage der südafrikanischen Wirtschaft, die Ende der 1980er Jahre aufgrund der Sanktionen, der hohen und mehr und mehr kreditfinanzierten Ausgaben des Apartheidstaates für Militär und Polizei und der grassierenden Korruption und Misswirtschaft des alten Regimes in einem miserablen Zustand war. Der ANC war auf diese schwierige ökonomische Lage nicht vorbereitet, wie sich auch am übereilten wirtschaftspolitischen Kurswechsel zwischen 1994 (Reconstruction and Development Programme) und 1996 (Growth, Employment and Redistribution) zeigte, als man wegen der schwierigen Finanzlage des Staates und ausbleibendem Wachstum von einem Verteilungs- auf ein Austeritätsprogramm umschaltete.<sup>17</sup>

Trotz der schwierigen wirtschaftlichen Rahmenbedingungen gelang es den ANC-Regierungen mit ihrer Sozialpolitik, ihren Maßnahmen zur bevorzugten Einstellung von ehemals benachteiligten Bevölkerungsgruppen (Black Economic Empowerment) und der Ausweitung des öffentlichen Beschäftigungssektors das Leben vieler Menschen zu verbessern. Aber auch viele in dieser großen Wählergruppe stellen die Fähigkeit des ANC infrage, weiter für wirtschaftlichen und sozialen Fortschritt sorgen zu können. Dagegen geriert sich seit einigen Jahren die Democratic Alliance als politische Kraft des Wandels. Sie verweist auf die bessere wirtschaftliche und soziale Entwicklung in der Provinz Western Cape, wo sie seit 2009 regiert. Die Economic Freedom Fighters wollen den Menschen glauben machen, dass Wandel nur mit radikalen Veränderungen wie etwa der Nationalisierung der Bergbauunternehmen und der Landwirtschaft zu erreichen ist. Dem ANC fällt es schwer, sich angesichts der Korruptionsaffären und der Misswirtschaft als verlässlicher Motor des Wandels zu präsentieren. Vielen ist die «Textbook Saga» noch gut in Erinnerung, als SchülerInnen in der Provinz Limpopo im Jahr 2012 monatelang vergeblich auf Ihre Schulbücher warten mussten.<sup>18</sup> Statt «Change» assoziieren heute immer mehr

Menschen Bereicherung und Inkompetenz mit dem ANC. Der Tod Nelson Mandelas im Dezember 2013 und die Tage der Erinnerung an seine außerordentliche Lebensleistung haben den Verfall der politischen Integrität an der Spitze des Staates seit Abgang des «Vaters der Nation» vielen vor Augen geführt.

Die Wahlen im Mai wird der ANC mit großer Sicherheit noch einmal gewinnen. Die ländliche Bevölkerung wird in ihrer übergroßen Mehrheit wieder für ihn stimmen. Vor fünf Jahren haben in vielen ländlich geprägten Provinzen zwischen 70 und über 80 Prozent der Bevölkerung den ANC gewählt. Dort kann der ANC auch auf ein gut geknüpft Patronagenetzwerk zur Mobilisierung der WählerInnen zurückgreifen. Die Regierungspartei übt nicht selten mit den erstarkten traditionellen Führern eine große Macht aus und entscheidet meist über die Verteilung von Land und die Vergabe von Jobs. Für den ANC geht es bei diesen Wahlen vor allem um Gesichtswahrung. Die Niederlage darf nicht zu derb ausfallen. Danach wird das Rätselraten losgehen, ob Jacob Zuma fünf volle Jahre als Präsident durchhalten wird. Die große Aufgabe für einen möglichen Nachfolger ist klar: den ANC revitalisieren.

Armin Osmanovic leitet seit 2010 das Auslandsregionalbüro Südliches Afrika der Rosa-Luxemburg-Stiftung in Johannesburg

<sup>1</sup> Vgl. <http://www.citypress.co.za/politics/ancs-45-poll-panic/>. <sup>2</sup> Die Funktion des Public Protector im südafrikanischen Staatssystem entspricht in Teilen der Funktion des deutschen Rechnungshofs. <sup>3</sup> «A Licence to Loot». The Nkandla Report, in: Mail & Guardian vom 20.3.2014, unter: <http://mg.co.za/report/zumaville-a-special-report> <sup>4</sup> Davids, Nashira: No water in 25% of homes, in: Times live vom 12.3.2014, unter: <http://www.timeslive.co.za/thetimes/2014/03/12/no-water-in-25-of-homes>. <sup>5</sup> Die soziale Ungleichheit hat – gemessen anhand des GINI-Indexes – leicht zugenommen. (vgl. South African Institute of Race Relations: South African Survey 2011. Johannesburg, S. 209) <sup>6</sup> Vgl. Interview mit Jeremy Cronin («Es gibt heute mehr Raum für andere Entwicklungswege»), in: Neues Deutschland vom 5.10.2013, unter: <http://www.neues-deutschland.de/artikel/835034.es-gibt-heute-mehr-raum-fuer-andere-entwicklungswege.html>. <sup>7</sup> ANC-Election Manifesto: «Together we move South Africa forward», unter: <http://www.anc.org.za/2014/manifesto/>. <sup>8</sup> «Together we move South Africa forward» und «We have a good story to tell» sind die zentralen Wahlkampfslogans des ANC. <sup>9</sup> Melusi Gigaba, Minister für öffentliche Unternehmen, bezeichnete die DA als Teufel. <sup>10</sup> 1994 betrug das reale Bruttoinlandsprodukt (BIP) von Südafrika 1.100 Milliarden Rand, 2012 belief es sich auf 1.954 Milliarden Rand. <sup>11</sup> Anfang 2008 hatte der Platinpreis ein Hoch von über 2.200 US-Dollar je Unze erreicht. Infolge der Krise sank der Preis bis Ende 2008 auf etwa 750 US-Dollar. Gegenwärtig liegt der Preis bei 1.400 US-Dollar. <sup>12</sup> Die Sanktionen des Westens gegen die Apartheid hatten eine geografische Diversifizierung der südafrikanischen Bergbaukonzerne verhindert. <sup>13</sup> Vgl. National Development Plan 2030, unter: <http://www.gov.za/issues/national-development-plan/>. <sup>14</sup> Wegen der unzureichenden Strommenge kommt es in Südafrika immer wieder zu Notabschaltungen. Vor allem vor der Krise 2008/09, als Südafrikas Wirtschaft boomte, wurde die Elektrizität knapp. <sup>15</sup> ANC-Election Manifesto «Together we move South Africa forward», unter: <http://www.anc.org.za/2014/manifesto/>. <sup>16</sup> Südafrikas Bevölkerung nach Gruppen (in Millionen): «Afrikaner und schwarze SüdafrikanerInnen» 42,3 Millionen, «Weiße» 4,6 Millionen; «Coloured» 4,8 Millionen und indischstämmige SüdafrikanerInnen 1,3 Millionen. SAIRR 2014: S. 3. <sup>17</sup> Vgl. Prince Mshale/Mzukisi Qobo (2014): The Fall of the ANC. What Next? Johannesburg. <sup>18</sup> «On the Trail of South Africa's missing textbooks», in: BBC New Africa vom 3.10.2012, unter: <http://www.bbc.com/news/world-africa-19802372>.

---

### IMPRESSUM

STANDPUNKTE wird herausgegeben von der Rosa-Luxemburg-Stiftung und erscheint unregelmäßig V. i. S. d. P.: Henning Heine  
Franz-Mehring-Platz 1 · 10243 Berlin · [www.rosalux.de](http://www.rosalux.de)  
ISSN 1867-3163 (Print), ISSN 1867-3171 (Internet)  
Redaktionsschluss: April 2014  
Lektorat: TEXT-ARBEIT, Berlin  
Satz/Herstellung: MediaService GmbH Druck und Kommunikation  
Gedruckt auf Circleoffset Premium White, 100 % Recycling